

Die tunesische Krise ist nur durch graduelle Veränderungen zu lösen. Dies könnte auch der Mittelmeerunion eine neue Bedeutung verleihen

## Kein Fall für Radikalismus

Von Gerd Held

Die Unruhen in Tunesien dauern an. Es sind schlimme Nachrichten, die uns aus verschiedenen Orten des Landes erreichen, nun auch aus der Hauptstadt. Wütende Demonstranten rebellieren auf den Straßen und eine ebenso rücksichtslose Polizei- und Militärmacht geht mit Waffengewalt gegen sie vor. Von bis zu 50 Toten und vielen Verletzten ist die Rede, zahlreiche Läden und öffentliche Einrichtungen sind verwüstet. Das alles findet direkt vor den Toren Europas statt – ja, im Grunde in Europa, denn Tunesien bildet zusammen mit Italien eine geographische Brücke zwischen dem Nord- und Südufer des Mittelmeers. Schon sprechen Kommentare von „Europas Pulverfass“ und sehen auch hier die Islamisten auf dem Vormarsch. Aber die Tonlage der großen Warnung ist nicht unbedingt hilfreich. Tunesien ist ein Land, in dem sich positive und negative Entwicklungen mischen. Deshalb ist es erfreulich, dass die internationale Diplomatie – das gilt sowohl für die USA als auch für Frankreich – gute Nerven zeigt und mäßigend auf beide Seiten einwirkt. Mit einer radikalen Wende in diesem Land ist niemand geholfen.

Man sollte also genau hinsehen. Die Demonstrationen drücken nicht einen wachsenden Einfluss des Islamismus aus. Vielmehr entzündet sich die Wut an zwei konkreten sozialen Problemen: den stark steigenden Preisen für Grundnahrungsmittel und dem Mangel an Arbeitsplätzen für die jüngere Generation. Die jungen Tunesier zeigen, bei aller Gewalt auf die Straße, wenig Neigung für ein Regime im Stil von Hezbollah oder Hamas. Das gilt für alle Maghreb-Staaten von Tunesien bis Marokko. Hier sind schon zu viele freiheitliche

Bildungselemente in Umlauf, um sich entmündigen zu lassen. Man findet in den Städten nicht nur eine unglaublich junge Bevölkerung, sondern auch einen Lebensstil mit vielen modernen Farben und Tönen. Und man findet eine nicht unbeträchtliche Mittelschicht, die freilich vom autoritären Regime an den Rand gedrängt ist. So ist der Maghreb in mancher Hinsicht ein „Westen“ der arabischen Welt – ein sehr eingeschränkter, verletzlicher Westen, wie die wirtschaftlichen Nöte und die Polizeistaats-Methoden zeigen. In einer solchen Lage sind große Umbrüche gefährlich. Doch gibt es den Weg der graduellen, mildernden Veränderungen und das gilt in besonderer Weise für Tunesien. Die Eckdaten sind gar nicht so düster. Gewiss, die Bevölkerung ist seit 1956 auf das Dreifache gestiegen, doch hat das Land heute die niedrigste Geburtenrate der arabischen Welt. Es steht vor schwierigen Jahrzehnten, aber ein Licht am Ende des Tunnels ist in Sicht. Das Wirtschaftswachstum lag in den letzten Jahren selten unter 5%; das Außenhandelsdefizit ist nicht so hoch, die Einnahmen aus dem Tourismus und die Transferzahlungen der Arbeitsmigranten gleichen die Bilanz weitgehend aus. Mit 55% des Bruttoinlandsprodukts sind die Staatsschulden nicht erdrückend. Es gibt also keinen Grund, die Zukunft schwarz in schwarz zu malen. Gerade am Fall Tunesien kann man sich vorstellen, wie ein Land am südlichen Mittelmeerufer sich allmählich emanzipiert. Deshalb macht es gerade hier Sinn, nach moderaten, sozialpartnerschaftlichen Lösungen zu suchen. Bei einer großen Konfrontation, so gravierend manche Probleme auch sind, wäre viel zu verlieren.

Es gibt laute Rufe nach einem Sturz des Staatschefs Ben Ali. Europa sollte sich hüten, darin einzustimmen. Vielleicht sollte es sich an den Fall Spanien erinnern. Dort hat man nur ganz allmählich die Franco-Diktatur hinter sich gelassen und alle sozialen Kräfte haben sich, mit dem vergangenen Bürgerkrieg vor Augen, äußerste Vorsicht auferlegt. Sie ließen sich nicht, auch angesichts schlimmer Unterdrückung und Armut, zur großen Rebellion verführen. Heute ist der Erfolg dieser spanischen „Transicion“ unbestritten. Man sollte diesen Weg heute, wo sich die Zeit der autoritären Regime in vielen Ländern am südlichen und östlichen Mittelmeerufer allmählich erschöpft, wieder entdecken. Tunesien könnte der Modellfall einer arabischen Transicion werden. Umso wichtiger ist es, die gegenwärtige Krise nicht anzuheizen und das Land nicht kaputt zu reden. Wertvoll sind jetzt die Stimmen, die zeigen, dass dies Land die Bindung seiner Bürger verdient. Auch die Respektierung seiner Souveränität durch die anderen Staaten. Wer sich von dem Impuls hinreißen lässt, in diesem Konflikt von außen Partei zu ergreifen, lädt eine schwere Verantwortung auf sich. Der Grüne Daniel Cohn-Bendit hat - vom sicheren Hochsitz im Europäischen Parlament aus - gefordert, den Staatschef Ben Ali zu isolieren und die Verhandlungen über ein neues bilaterales Statut zwischen der EU und Tunesien zu suspendieren. Das ist ein dummer und recht schäbiger Vorschlag, denn Tunesien braucht gerade jetzt eine Bestätigung seiner internationalen Beziehungen. Wie soll

es sozialpartnerschaftliche Geduld entwickeln, wenn seine auswärtigen Partnerschaften sich als Drohmittel erweisen?

Die Lage erfordert exakt das Gegenteil. Die Partnerschaften müssen aktiviert werden, insbesondere die mediterranen Partnerschaften. Jetzt wäre die Stunde der Bewährung für die Mittelmeerunion, die vor zweieinhalb Jahren gegründet wurde, um in allen Anrainernationen das Bewusstsein der eigenen Identität zu stärken. Eine funktionierende Union könnte jetzt an all die mediterranen Elemente erinnern, die Tunesien für eine pluralistische Demokratie und offene Marktwirtschaft prädestinieren. Denn wie in kaum einem anderen Land versammeln sich hier arabische, spanische, italienische, westafrikanische und auch türkische Kulturelemente – von der Architektur und Literatur bis in die Alltagsküche. Auch ist der tunesische Außenhandel besonders stark im Mittelmeer vernetzt. Doch so weit ist die Mittelmeerunion noch nicht. In der tunesischen Krise zeigt sich, dass Europa ungenügend auf seine südlichen Aufgaben vorbereitet ist. Es hat auf den Bau intermediärer Brückenstrukturen wenig Wert gelegt. Eher hat die EU in solchen Strukturen eine Bedrohung ihres inneren Zusammenhalts gesehen – namentlich die deutsche Außenpolitik argwöhnte, dass Frankreich hier nur sein Sonderinteresse verfolgte. Aber jetzt werden die französischen (und italienischen) Süd-Verbindungen – diplomatische, wirtschaftliche und kulturelle Kanäle - dringend gebraucht. Kerneuropa ist strukturell überfordert.

*(Manuskript vom 13.1.2011, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung DIE WELT vom 14.1.2011 unter der Überschrift „Die ausgestreckte Hand“)*